



Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 07.11.2008

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 13. November 2008, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Mitteilungen
2. Fragestunde
3. **08-F-25-0135**

Menschen zusammenführen - Städtepartnerschaften pflegen
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und FDP vom 04.11.2008 -

Vorbemerkung:

Wiesbaden pflegt mit zwölf Städten im In- und Ausland partnerschaftliche Beziehungen. Die 1930 geschlossene Verbindung mit Klagenfurt war die erste offizielle Partnerschaft, an der eine deutsche Stadt beteiligt war.

Neben den offiziellen Kontakten der Rathäuser stehen Begegnungen zwischen den Menschen im Vordergrund. Schüler-, Jugend und Studentenbegegnungen prägen diese genauso wie der interkulturelle Austausch, Kooperationen auf wirtschaftlichem Gebiet, sportliche und bürgerschaftliche Aktivitäten.

Eine lebendige Partnerschaftskultur lebt von den gegenseitigen Kontakten mit den Bürgern der Partnerstädte. Dies findet in Wiesbaden u.a. seinen Niederschlag in der finanziellen Unterstützung der Partnerschaftsvereine durch die Stadt, die sich nach dem Umfang der partnerschaftlichen Aktivitäten bemisst.

Die Städtepartnerschaften haben sich Laufe der Zeit mit unterschiedlichen Schwerpunkten und unterschiedlich intensiv entwickelt.

Denn gerade im Zeitalter der Globalisierung gilt es vor allem, neue Möglichkeiten des internationalen Austausches zu suchen, die fernab der verdichteten europäischen Möglichkeiten liegen. Wirtschaftliche und kulturelle Anknüpfungspunkte sollen hier maßgeblich als Zielsetzung dienen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden bemüht sich um die Aufnahme neuer Städtepartnerschaften, um die bisherigen internationalen Beziehungen der Stadt auszuweiten.
2. Die Stadt strebt eine Aufnahme von neuen Partnerschaften, u.a. in der Türkei und den USA, an und setzt sich für ein aktives Bürgerschaftliches Engagement ein.

Hierzu sollen mit in Frage kommenden Kommunen Kontakte geknüpft werden, die langfristig, nach Anerkennung eines regelmäßigen Interessenaustausches, in einer Partnerschaft enden können.

3. Städtepartnerschaften sollen sich für die verbundenen Städte in kultureller, wirtschaftlicher, finanzieller und bürgerschaftlicher Hinsicht zum beiderseitigen Vorteil auswirken. Durch hinreichende Gemeinsamkeiten in Hinblick auf Größe, Bevölkerung, Wirtschaftsstruktur, urbanes Umfeld usw. wird dies begünstigt. Darüber hinaus sind Städtepartnerschaften als Instrument bei der Verfolgung längerfristiger strategischer Ziele - etwa auf dem Gebiet der Integration oder dem Knüpfen wirtschaftlicher Kontakte (Erschließung neuer Märkte) - zu nutzen.
4. Bei partnerschaftlichen Beziehungen, die auf Wiesbadener Seite ihren Schwerpunkt in einem oder mehreren Stadtteilen haben, sind diese als Stadtteilpartnerschaften zu etablieren und dauerhaft zu unterstützen.
5. Für die Begründung künftiger Partnerschaften ist anzustreben, deren Fortbestand durch wechselseitige Willenserklärungen beider Seiten in regelmäßigen Abständen (alle 5 Jahre) zu bekräftigen.

4. 08-F-01-0104

Bedarfsnahe Schulförderung - Sozialindex für Wiesbadener Grundschulen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.11.2008 -

Schulleistungsstudien wie PISA oder der Ergebnisbericht „Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschulen am Übergang zur Sekundarstufe I“ belegen, dass unterschiedliche Schülerleistungen zu erheblichen Teilen durch außerschulische Merkmale, wie z.B. den sozialen Lagen der Schülerschaft bedingt sind. Wiesbadener Kinder aus Familien, die am Rand oder unterhalb der Armutsgrenze liegen, verfügen über deutlich schlechtere Bildungschancen.

Kinder mit gefährdeten Bildungschancen benötigen zielgruppenbezogene Förderung. Ungleichen Lernbedingungen muss mit ungleichen Ressourcenzuweisungen begegnet werden.

Der Magistrat wird gebeten, zu prüfen

- inwieweit ein Sozialindex für Schulen und Kindertagesstätten aus den Daten des Ergebnisberichtes gewinnen lässt und auch weiter fortgeschrieben werden kann.
- inwieweit dieser Index für eine bedarfsnahe Schulförderung im Rahmen der kommunalen Kinder- und Jugendhilfe einsetzbar ist. Vor allem jene Schulen die besonders ungünstige Lernausgangsbedingungen aufweisen, sollten
 - mit vergrößertem Einsatz von Sozialarbeitern/(Sozial-)Pädagogen und verstärktem Beratungsumfang sowie
 - verstärkter Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für individuelle Förderung gefördert werden.
- inwieweit dieser Sozialindex dazu dienen kann regelmäßig Informationen über „good practice“ in den Grundschulen zu sammeln. Zu untersuchen wäre, an welchen Schulen es gelingt, dass stärker gefährdete Kinder auch überdurchschnittlich höhere Bildungsempfehlungen realisieren können.

5. 08-F-25-0134

Garten der erneuerbaren Energien (Energie- und Bewegungspark)

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 04.11.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit der Rahmenplanung zum Kulturpark beschlossen, auch das Gelände südlich des Kulturzentrums Schlachthof und des neu zu gestaltenden Parkplatzes als Grünzug auszubauen. Das jetzige Brachland soll in eine attraktiv gestaltete Parklandschaft umgewandelt werden.

Die Anlage eines solchen Parks bedeutet den Wunsch nach Wiederherstellung ehemals zerstörter Natur, um die Lebensqualität in unserer Stadt zu verbessern. Gleichzeitig kommt in der Anlage eines Gartens oder Parks auch immer der Wunsch des Menschen zum Ausdruck, die natürlichen Gegebenheiten zu gestalten und zu erweitern, ohne der Natur zu schaden.

Angesichts des weltweiten Klimawandels und der Notwendigkeit, Energieverbräuche und Erzeugungsweisen zu hinterfragen und die erneuerbaren Energien zu fördern, möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt eine innovative Parkgestaltung mit folgenden Inhalten zu erarbeiten:

- Der südliche gelegene Parkteil im Kulturpark soll zu einem „Garten der erneuerbaren Energien“ (Arbeitstitel) werden.
- Eingebunden in die Parklandschaft sollen Spiel- und Bewegungsgeräte für Menschen jeden Alters aufgestellt werden, die durch die Bespielung („Fahrradprinzip“) selbst Energie erzeugen oder mit Sonne, Wind, Wasser oder Erdwärme angetrieben werden.
- Das Prinzip, dass Bewegung Energie erzeugt - und beispielsweise die gemeinsame Anstrengung von mehreren viel ermöglicht - soll gleichermaßen anschaulich und durch Bespielung erfahrbar sein.
- Der Magistrat wird aufgefordert, sich für das Projekt Unterstützung bei Universitäten, Fachhochschulen etc. einzuholen.

6. 08-F-25-0133

Blickpunkt Herbert- und Reisinger-Anlagen

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 06.10.2008 -

Für viele Besucher - ob mit der Bahn oder dem Auto reisend - sind die Herbert- und Reisinger-Anlagen das Eingangstor zur Landeshauptstadt Wiesbaden. Als Verbindungsweg zwischen dem Hauptbahnhof und den Park-Ride-Plätzen zur Innenstadt, den Rhein-Main-Hallen und dem zukünftigen Stadtmuseum sowie als innerstädtisches Freizeitgebiet, stehen diese beiden denkmalgeschützten 3,4 ha großen Anlagen besonders im Blickpunkt. Eine Aufwertung der beiden Anlagen unter Beachtung der denkmalschutzrechtlichen Belange als Aufenthaltsorte für Jung und Alt ist insbesondere im Interesse der Tourismus-, Gesundheits-, und Geschäftsstadt Wiesbaden erforderlich.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, im I. Quartal 2009 die Gesamtkonzeption zum Areal incl. Zeitplan vorzustellen. Hierbei sind folgende Teilkonzepte zu berücksichtigen und es sollte eine enge Abstimmung mit der Rhein-Main-Hallen GmbH stattfinden:

1. Ein Konzept zur Nutzung der Grundstücke „ehemaliges Gaswerk“ und Betriebshof des Grünflächenamtes
2. Ein Konzept zur Aufwertung und besseren Darstellung der Wandelhalle.
3. Eine Freiflächenplanung für die Herbert- und Reisinger-Anlagen. Die Beibehaltung des Wiesbadener Sommernacht Open-Air-Kinos ist im Konzept zu berücksichtigen. Eine Vorstellung des aktualisierten Parkpfliegerwerks.
4. Ein Konzept zur Pflege der Anlagen / Teiche.
5. Ein ordnungspolitisches Konzept für den Gesamtbereich.

7. 08-F-07-0029

Mehr Transparenz in städtischen Betrieben

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 10.10.2008 -

Die Finanzkrise im allgemeinen und in Wiesbaden speziell die Auseinandersetzung um das Kohlekraftwerk haben deutlich gemacht, daß der Einfluß der Gemeindevertretung und damit auch der Steuerzahler auf die Entscheidungsgremien städtischer Gesellschaften verstärkt werden muß, um die Kontrollmöglichkeiten zu erweitern. Das Urteil des VHG Kasse weist in diese Richtung. Auch der Oberbürgermeister hat sich in diesem Sinne geäußert: Unternehmensgründungen würden in der letzten Zeit als GmbHs durchgeführt, um dort von städtischer Seite stärker Einfluß ausüben zu können.

Zur besseren Kontrolle gehört auch die größere Transparenz bei den Entscheidungen der zuständigen Gremien, ob es nun GmbHs oder Eigenbetriebe sind. Vertreter der Stadt in Aufsichtsorganen müssen die Möglichkeit haben, wichtige Fragen der Unternehmenspolitik öffentlich zur Diskussion zu stellen. Das ist aber kaum möglich, wenn bei allen Tagespunkten und Entscheidungen ein Geheimhaltungsgebot besteht. Dies wird ja auch oft von offizieller Seite nicht strikt gehandhabt, wenn es beispielsweise um die Unterrichtung der Presse geht.

Um mehr Transparenz herzustellen, sollten Tagesordnungen in den Aufsichtsgremien städtischer Betriebe so gestaltet werden, daß bei den jeweiligen Punkten zwischen öffentlich und vertraulich unterschieden wird. Ein solches Verfahren entspricht der neueren Rechtsprechung. So hat das

Verwaltungsgericht Regensburg in einer Entscheidung vom 2. 2. 2005 (Aktenzeichen RN 3 K 04.01408) im Fall von städtischen GmbHs entschieden, daß beim Spannungsverhältnis zwischen den betriebswirtschaftlichen Interessen und den Allgemeinwohlinteressen nicht zu Gunsten der einen oder der andern Seite entschieden werden dürfe. Im besonderen heißt es: „Erst recht muß die vorherige oder nachträgliche öffentliche Diskussion solcher Tagesordnungspunkte möglich sein, die zum Wohle des Unternehmens nicht zwingend der Verschwiegenheit bedürfen.“

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1) ein Konzept zu mehr Transparenz in den Aufsichtsgremien städtischer Gesellschaften vorzulegen und dabei die Möglichkeit einer Einteilung von Tagesordnungspunkten in vertraulich und nicht vertraulich zu berücksichtigen;

2) in diesem Zusammenhang dazulegen, wie ein solches Konzept möglichst rasch in die Geschäftsordnungen städtischer Betriebe integriert werden kann.

8. 08-F-06-0058

Mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende schaffen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 05.11.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, weiteren bezahlbaren Wohnraum für Studierende im Stadtgebiet zu schaffen.

Dazu sollten u.a. Verhandlungen mit GWW, GeWeGe, SEG, Nassauische Heimstätte und Wohnbau Mainz geführt werden.

9. 08-V-10-0023

DL 46/08-4

WIM Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH und WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co. KG
- Besetzung des Aufsichtsrates (Stellvertretung) -

10. 08-F-24-0009

Gesetzesentwurf zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP vom 30.10.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung lehnt das von der Bundesregierung geplante „Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ ab, weil die geplanten Streichung des § 16 Abs. 2 Satz 1 SGB II im Bereich der Eingliederungsmaßnahmen die Integrationschancen vieler Langzeitarbeitssuchender nachhaltig schwächen und für einzelne Träger von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu dramatischen Auswirkungen führen wird.

- Die Stadtverordnetenversammlung fordert deshalb den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass die erfolgreiche Beschäftigungsförderung in der Landeshauptstadt Wiesbaden auch weiterhin fortgesetzt werden kann.

11. 08-F-01-0105

Bierstadt - Umgehung Fichten (B 455)
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 04.11.2008 -

In der Sitzung des Ausschusses für Planung, Bauen und Verkehr am 4. März 2008 hat der Magistrat berichtet, bereits umfangreiche Vorarbeiten für eine mögliche Ortsumgehung Fichten (B 455, Bierstadt) geleistet zu haben. So seien bereits konkrete Planungen mit allen Beteiligten erörtert worden.

Gleichfalls hat der Magistrat dem Ausschuss mitgeteilt, das Land Hessen warte auf eine politische Aussage der städtischen Gremien, die Stadt müsse eine „Willensbekundung“ abgeben.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden spricht sich für die Aufstufung der Ortsumgehung B 455 / Bierstadt Bereich Fichten in den so genannten „vordringlichen Bedarf“ des Bedarfsplanes des Bundes aus.
2. Der Magistrat wird gebeten, diese Willensbekundung auf allen politischen und Verwaltungsebenen deutlich zu machen und sich für die schnellstmögliche Realisierung der Umgehung einzusetzen.

12. 08-F-01-0106

Auflösen und Neuwahl der Ausschüsse für Soziales und für Frauenangelegenheiten
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 06.11.2008 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Ausschüsse für Soziales und für Frauenangelegenheiten werden nach § 62 Abs. 1 Satz 5 HGO, §18 Abs. 3 der GO der Stadtverordnetenversammlung aufgelöst.
2. Die Ausschüsse für Soziales und für Frauenangelegenheiten werden neu gebildet. Die Mitgliederzahl beträgt wie bisher 13 (Ausschuss für Soziales) bzw. 9 (Ausschuss für Frauenangelegenheiten) Mitglieder. Die Stadtverordnetenversammlung wählt die Mitglieder der beiden Ausschüsse gemäß § 62 Abs. 1 HGO in Verbindung mit § 55 HGO neu; eine Besetzung im Wege des Benennungsverfahrens (§ 62 Abs. 2 HGO) findet nicht statt.

Zu Punkt 13 findet eine Sondersitzung des Fachausschusses statt.

13. 08-V-08-0010

DL 44/08-1, 47/08-3

Teilfortschreibung des Schulentwicklungsplans 2008

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 08-F-01-0082

Ärztliche Versorgung in Wiesbaden

- Beschluss des Gesundheitsausschusses Nr. 0054 vom 28.10.2008 -

ANLAGE

2. 08-F-07-0026

Bürgerbeteiligung bei PPP-Projekten

- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0291 vom 04.11.2008 -

ANLAGE

3. 08-F-25-0014

DL 41/08-1

Wiesbaden im Städteranking

- Beschluss des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung Nr. 0378 vom 05.11.2008 -

ANLAGE

4. 08-V-01-0013

DL 47/08-1

Planungen Platz der deutschen Einheit

Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplanes „Platz der deutschen Einheit“ im Ortsbezirk Westend / Bleichstraße

5. 08-V-04-0017

DL 46/08-2

Fahrplanwechsel am 14.12.2008

6. 08-V-05-0006

DL 43/08-2

Verwendung der Mehreinnahmen aus dem Jahr 2007

7. **08-V-10-0024** **DL 46/08-5**
Mitgliederversammlung des Hessischen Städtetages am 29. Januar 2009 in Fulda
8. **08-V-20-0061** **DL 43/08-3**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
9. **08-V-33-0006** **DL 41/08-3**
Vignettenverkauf Taxihalteplatz am Hauptbahnhof
10. **08-V-36-0016** **DL 42/08-2**
Bleischrotsanierung Wurfscheibenschießstand Weißer Weg
11. **08-V-36-0018** **DL 41/08-4**
Ehem. Gaswerkstandort Mainzer Straße: Grundwassermodell zur Abschätzung des Sanierungsbedarfs
12. **08-V-36-0021** **DL 42/08-3**
Freigabe zusätzlicher Mittel zur Sanierung des Altstandortes "Ehemaliges Großtanklager Südramol" an der Eleonorenstraße, Mainz-Kastel
13. **08-V-36-0023** **DL 43/08-4**
Nahwärmeinsel kleine Schwalbacher Str.; Genehmigung von Mehrkosten
14. **08-V-37-0005** **DL 46/08-6, 45/08-1**
Landesweite Umstellung des Funksystems der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben BOS, Ermächtigung zur Bestellung von Endgeräten für die Feuerwehr
15. **08-V-51-0055** **DL 46/08-3 NÖ**

Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe in 2008 für Bewohnerinnen und Bewohner in Alten- und Pflegeheimen, die von der Landeshauptstadt Wiesbaden betreut werden

16. **08-V-51-0063** **DL 41/08-7**

Bericht zur Gewährung von SGB XII-Leistungen in Wiesbaden 2007

17. **08-V-52-0021** **DL 42/08-8**

Sondermittel in 2008 und 2009 für Zuschüsse für die Energiekosten der vereinseigenen Turn- und Sporthallen und für die Trainingsbeleuchtungskosten der Fußballvereine (Wiesbaden und AKK)

18. **08-V-66-0207** **DL 41/08-8**

Dostojewskistraße, Wiesbaden-Biebrich; Fußgängersicherung

19. **08-V-66-0224** **DL 41/08-9**

Klagenfurter Ring, Wiesbaden-Biebrich; Einbeziehung in die Tempo-30-Zonenregelung

20. **08-V-66-0228** **DL 41/08-10**

Spiegelgasse/ Webergasse - Erneuerung der Oberfläche, 4. Bauabschnitt

Tagesordnung III

1. **07-V-80-8005** **DL 42/08-1, 37/07-12**

Informationsstelle für Jugendliche und Schüler im Übergang zum Beruf

2. **08-F-01-0079**

Sonniges Wiesbaden: Photovoltaikanlagen auf städtische Gebäude!
- Beschluss des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit Nr. 0178 vom 28.10.2008 -

ANLAGE

3. **08-F-01-0088**

Räume für Sport, Kultur und Veranstaltungen - Eine Multifunktionshalle für Wiesbaden
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr Nr. 0285 vom 04.11.2008 -

ANLAGE

4. **08-V-01-0022** **DL 47/08-2**

Planungen Platz der deutschen Einheit
Finanzielle Auswirkungen bei der Umsetzung des Wettbewerbsergebnisses

5. **08-V-07-0008** **DL 41/08-2**

ELW - Wahl eines Betriebskommissionsmitglieds

ANLAGE

6. **08-V-10-0004** **DL 46/08-3**

Änderung der Satzung über die Entschädigung für ehrenamtlich Tätige

7. **08-V-36-0022** **DL 42/08-4**

Mittelfreigabe für Hochwasserschutz- und Hochwasserlenkungsmaßnahmen im Ortskern
Sonnenberg

8. **08-V-51-0051** **DL 42/08-5**

Grundsicherung für Arbeitssuchende; Schaffung von zusätzlichen Planstellen

9. **08-V-51-0062** **DL 42/08-6**

Nachwahl eines stellvertretenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

10. **08-V-52-0020** **DL 42/08-7**

Weiterer städtischer Zuschuss an den Sportverein 1932 Wi-Frauenstein e.V. für die Erstellung
eines Kleinspielfeldes am Sportplatz Bodenwaag in Frauenstein

11. **08-V-61-0035** **DL 46/08-7, 42/08-9**

Klarstellungssatzung " Zum Golzenberg 17 " im Ortsbezirk Igstadt; Satzungsbeschluss gemäß §
34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 BauGB

12. **08-V-61-0040** **DL 46/08-8**

Vorhaben- und Erschließungsplan (VEP) "Danziger Straße - Seniorenpflegeheim" im Ortsbezirk
Sonnenberg

13. **08-V-66-0226** **DL 46/08-9**

Umgestaltung von zwei Ortseingängen im Zuge der K 658, Wiesbaden-Kloppenheim

14. **08-V-86-0001** **DL 42/08-10**

Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für die Betriebskommission des Eigenbetriebs mattiaqua - Arbeitnehmerseite

Zu den folgenden Punkten finden Sondersitzungen der Fachausschüsse statt:

15. **08-V-04-0016** **DL 46/08-1**

Auswirkungen des Nahverkehrsplanes auf zukünftige Fahrplanänderungen

16. **08-V-63-0002** **DL 43/08-5**

Neubebauung Marktstr. 2-6, Mauergasse 2-8; Umbau und Sanierung Friedrichstr. 25 u. 27; Bauvoranfrage vom 19.09.2007 - Reg.-Nr.: 633703/07

Tagesordnung IV

1. **08-V-20-0057** **DL 42/08-1 NÖ**

Kredit

2. **08-V-20-0060** **DL 42/08-2 NÖ**

Bürgschaft

3. **08-V-20-0064** **DL 46/08-2 NÖ**

Bürgschaft

4. **08-V-80-2329** **DL 43/08-2 NÖ**

Verkauf Baugrundstücke

5. **ANLAGE**
08-V-80-2330 **DL 43/08-3 NÖ**

Übertragung Erbbaurecht

- | | | |
|-----|--|----------------------|
| 6. | 08-V-80-2332
Verkauf Erbbaugrundstücke | DL 41/08-1 NÖ |
| 7. | 08-V-80-2336
Abbruch Gebäude Mainzer Straße | DL 41/08-2 NÖ |
| 8. | 08-V-80-2337
Ankauf landwirtschaftliche Fläche | DL 41/08-3 NÖ |
| 9. | 08-V-80-2340
Verzeichnis genehmigter Grundstücksvorlagen | DL 41/08-4 NÖ |
| 10. | 08-V-80-2341
Erwerb von Grundstücken | DL 42/08-3 NÖ |
| 11. | 08-V-80-8016
Archäologische Untersuchungen | DL 43/08-4 NÖ |

Hinweis:

Die Wahlen

- zur Besetzung des Aufsichtsrates der Wiesbadener Immobilienmanagement GmbH (Punkt 9 der Tagesordnung I) und
 - die Neuwahlen der Ausschüsse für Soziales und für Frauenangelegenheiten (Punkt 12 der Tagesordnung I)
- sind vor der Pause vorgesehen.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin